



## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### *52. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 9. März 2011,  
Plenarsaal des Landtages*

Beginn: 14:10 Uhr

Der Ausschuss setzte seine **Anhörung zum Bericht der Landesregierung über die finanzielle Situation der schleswig-holsteinischen Kommunen**, Drucksache 17/664, fort.

Einstimmig beschloss er, den Bericht der Landesregierung, **Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung**, Drucksache 17/804, abschließend zur Kenntnis zu nehmen.

Zu den beiden Verfassungsbeschwerden in den **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht u. a. gegen Urteile des Bundesarbeitsgerichts und des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf**, Umdrucke 17/1943 und 17/1944, empfahl er dem Landtag, keine Stellungnahme abzugeben.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, zum Gesetzentwurf der Landesregierung über den **Vollzug der Untersuchungshaft in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/1255, und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1322, zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen bis zum 18. März 2011 gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses benannt werden.

Die Antwort der Landesregierung, **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/1247, nahm der Ausschuss einstimmig abschließend zur Kenntnis, nachdem zuvor der Antrag auf Durchführung einer schriftlichen Anhörung mehrheitlich abgelehnt worden war.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes**, Drucksache 17/1256 (neu), und zu den dazu vorliegenden Änderungsanträgen, Drucksachen 17/1318 und 17/1319, sowie zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Änderung der**

**Gemeindeordnung**, Drucksache 17/1291, stellte der Ausschuss bis zur Vorlage des von der Landesregierung angekündigten Gesetzentwurfs zur Änderung der Gemeindeordnung, der Amtsordnung und gegebenenfalls weiterer Gesetze zurück.

Zum Bericht der Landesregierung, **Ausbau des Breitbandnetzes**, Drucksache 17/1242, empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, dem Landtag zu empfehlen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Seine Beratungen zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, **Netzneutralität in Europa sichern**, Drucksache 17/1278 (neu), stellte der Ausschuss bis zur Vorlage des Berichtes der Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestags zurück.

Einstimmig empfahlen die Ausschussmitglieder dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Vierten Medienänderungsstaatsvertrag HSH**, Drucksache 17/1265, anzunehmen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Neuregelung des Besoldungs- und Beamtenversorgungsrechts in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/1267, folgte der Innen- und Rechtsausschuss der Empfehlung des beteiligten Finanzausschusses, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Benennung der Anzuhörenden soll gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses bis zum 18. März 2011 erfolgen.

Seine Beratungen zu den folgenden Vorlagen setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- Vorlagen im Zusammenhang mit der **Änderung des Wahlgesetzes und der Landesverfassung**, Drucksachen 17/669 (neu), 17/1047, 17/1122, 17/1070 (neu), 17/1081
- Vorlagen im Zusammenhang mit **Offenlegungspflichten**, Drucksachen 17/402 (neu), 17/403 (neu), 17/404 (neu), 17/405 (neu)
- **Frauen in Führung**, Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Drucksache 17/690 (neu)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, Drucksache 17/268

Die Ausschussmitglieder einigten sich außerdem auf den Kreis der Anzuhörenden für die mündlichen Anhörungen zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP zur **Neuordnung des Glücksspiels**, Drucksache 17/1100, und weiteren Vorlagen und legten fest, jeweils am 13. April und am 4. Mai 2011 ab 10 Uhr ganztägige Anhörungen durchzuführen.

Schluss: 15:35 Uhr

gez. Dörte Schönfelder